

Nach Amoklauf in Graz: Regierung präsentiert drastische Sicherheitsmaßnahmen!

Nach dem Amoklauf in Graz am 14. Juni 2025 präsentiert die österreichische Regierung ein umfassendes Maßnahmenpaket für mehr Sicherheit.



Graz, Österreich - Die österreichische Bundesregierung hat als Reaktion auf den tragischen Amoklauf an einem Gymnasium in Graz, bei dem ein 21-Jähriger am 14. Juni 2025 neun Schüler und eine Lehrerin tötete, ein umfassendes Maßnahmenpaket präsentiert. Der Amoklauf, der mit dem Suizid des Täters endete, hat in der Bevölkerung und der Politik große Bestürzung ausgelöst. Der Vorfall hat die Debatte über Sicherheitsmaßnahmen und Waffengesetze in Österreich neu entfacht, insbesondere da der Täter beide Waffen, eine Pistole und eine abgesägte Schrotflinte, legal besaß und einen psychologischen Test bestanden hatte.

Im Rahmen des am heutigen Datum, dem 18. Juni 2025, vorgestellten Pakets betonte die Regierung die dringende Notwendigkeit zur Vorkehrung und Prävention. Die Maßnahmen zielen nicht nur auf Soforthilfe für die Betroffenen, sondern auch auf eine langfristige Verbesserung der Sicherheit an Schulen und der Vorbeugung von Gewalt. Ein neu geschaffener Entschädigungsfonds in Höhe von 20 Millionen Euro soll dabei helfen, Angehörige und Opfer unbürokratisch zu unterstützen, insbesondere bei Bestattungskosten und in der psychologischen Betreuung.

Umfassende Sicherheitsmaßnahmen

Zu den konkreten Schritten gehören die Erhöhung der Polizeipräsenz an Schulen bis zum Ende des Schuljahres und die Verdopplung der Schulpsychologen in den nächsten drei Jahren. Gleichzeitig werden verpflichtende Elterngespräche eingeführt, wenn Schüler vor dem Abbruch oder der Suspendierung stehen. Die Regierung hat zudem angekündigt, dass individuelle Sicherheitskonzepte an Schulen regelmäßig evaluiert und angepasst werden sollen.

Bundeskanzler Christian Stocker betonte die Wichtigkeit dieser Maßnahmen und kündigte an, dass die Regierung dem Parlament Vorschläge zur Verschärfung des Waffengesetzes unterbreiten werde. Der Zugang zu Waffen soll künftig noch strengeren Eignungsvoraussetzungen unterliegen. Der Mindestalters für den Erwerb von Schusswaffen wird von 21 auf 25 Jahre angehoben, die Wartefrist beim Kauf der ersten Waffe auf vier Wochen verlängert.

Psychologische Tests und Waffengesetz

Ein zentrales Ziel des neuen Waffengesetzes ist die Verbesserung der psychologischen Eignungstests, die vor dem Erwerb einer Waffe absolviert werden müssen. Bei der Zuschreibung von Waffenbesitzkarten sollen die relevanten Daten zwischen den Behörden besser ausgetauscht werden, wodurch sich die Möglichkeit erhöht, dass psychisch instabile Personen keinen Zugang zu Waffen erhalten. Der Innenminister Gerhard Karner forderte zudem eine Stärkung der psychologischen Expertise sowohl in Schulen als auch im Bereich der Waffenbehörde.

Die Forderung nach strengen Regularien wird auch von verschiedenen politischen Gruppierungen unterstützt. Während die FPÖ vor "reiner Anlassgesetzgebung" im Waffengesetz warnt, zeigt sich Grünen-Chef Werner Kogler erfreut über die getroffenen Maßnahmen und fordert zusätzliche Unterstützungsangebote für die Betroffenen. Kogler plädiert für ein Umdenken in Bezug auf den Waffenbesitz, hin zu einer sicheren Umgebung ohne Schusswaffen. Eine Online-Initiative hat bereits über 77.000 Unterschriften für ein sofortiges Verbot von Schusswaffen im Privatbesitz gesammelt.

Fazit und Ausblick

Diese Entscheidung der Regierung, die auf die schrecklichen Ereignisse in Graz reagiert, zeigt den Willen, die gesellschaftlichen Sicherheitsstandards zu verbessern. Der Amoklauf hat nicht nur das Leben von vielen Menschen verändert, sondern auch die politischen Diskussionen in Österreich über Waffenrecht und psychische Gesundheit neu belebt. Es bleibt abzuwarten, wie effektiv die umgesetzten Maßnahmen in der Praxis sein werden und ob sie tatsächlich zu einer Reduktion von Gewalt an Schulen führen können.

Für weitere Informationen besuchen Sie die Artikel auf **5min.at**, **sn.at**, und **tagesschau.de**.

Details	
Vorfall	Amoklauf
Ursache	psychische Instabilität
Ort	Graz, Österreich

Details	
Verletzte	10
Festnahmen	1
Schaden in €	2000000
Quellen	• www.5min.at
	• www.sn.at
	 www.tagesschau.de

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at